

# **Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine der Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller AoEL e.V.**

---

**Was wollen Sie dafür tun, dass**

## **1) die Lebensmittelversorgung weltweit gesichert wird und die anhaltende humanitäre Katastrophe des Hungers endlich behoben wird?**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es politisch und moralisch nicht hinnehmbar, dass 1,02 Milliarden Menschen auf der Welt chronisch unterernährt sind und Hunger leiden. Für jede Politikerin und jeden Politiker, hier und in den betroffenen Ländern, sollte daher klar sein: Wir brauchen einen sofortigen Kurswechsel im Kampf gegen den Hunger.

Um die Ernährungskrise dauerhaft zu beantworten, ist ein grundlegender Wandel der globalen Landwirtschaft notwendig. Dies bestätigt auch der Weltagrarrat IAASTD in seinem aktuellen Weltagrarricht. Die industrielle Landwirtschaft mit Monokulturen, Massentierhaltung und dem Einsatz von Pestiziden und grüner Gentechnik hat die Produktion in den letzten Jahrzehnten zwar deutlich gesteigert, den Preis dafür zahlen aber einfache Bäuerinnen und Bauern, Arbeiter, ländliche Gemeinden und die Umwelt weltweit. Nur eine nachhaltige, an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Landnutzung in bäuerlichen Strukturen ist in der Lage, auf Dauer für die weltweite Ernährungssicherung zu sorgen.

Damit sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft entwickeln kann, braucht es aber auch einen fairen Agrarhandel. Wir fordern den sofortigen Abbau aller Exportsubventionen, denn sie drängen die heimischen Erzeuger in den Entwicklungsländern von ihren Märkten und verhindern den Auf- und Ausbau eigener Strukturen. Außerdem müssen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskriterien für den gesamten Agrarsektor auf internationaler Ebene entwickelt und Bestandteil der WTO-Vereinbarungen werden. Dies ist eine Herkulesaufgabe, die nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die ländliche Entwicklung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale, und nicht wie bisher, eine untergeordnete Rolle spielt. Gerade in den ländlichen Räumen in den Entwicklungsländern sind die höchsten Zahlen an Hungernden zu beklagen und ist Armut am tiefsten verwurzelt. Ein Schlüssel zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele liegt daher in der ländlichen Entwicklung. Wir treten dafür ein, dass mindestens 10 Prozent der deutschen Entwicklungsgelder für die Förderung der ländlichen Entwicklung eingesetzt werden und dass analog auch die Entwicklungsländer 10 Prozent ihrer Haushaltsmittel dafür einsetzen.

Dabei sollten die FAO-Leitlinien zur Implementierung des Menschenrechts auf Nahrung sowie die Empfehlungen des Weltagrarrates IAASTD der Referenzrahmen sein. Vor allem sollten wir Kleinbauern in den Partnerländern darin unterstützen, auf nachhaltige Weise Lebensmittel für lokale und regionale Märkte zu produzieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen dabei die Agro-Gentechnik nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems. Befürworter der Agro-Gentechnik behaupten, dass die Welternährung nur durch eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft sichergestellt werden könne und dass dies nur mit gentechnisch veränderten Pflanzen möglich sei. Diese Auffassung teilen wir nicht.

Die Ursache für Hunger ist in der Regel nicht etwa geringe Produktivität. Andere Faktoren sind entscheidend: Ungerechtigkeiten bei Landverteilung und Landnutzung, Wasserknappheit, mangelhafte Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft, ein ungerechtes Welthandelssystem, der Fleischhunger der Industrie- und Schwellenländer sowie die Vernachlässigung der ländlichen Entwicklung. Außerdem konnte die Agro-Gentechnik-Industrie bisher nicht nachweisen, dass mit gentechnisch veränderten Pflanzen -

im Vergleich zur konventionellen und zur ökologischen Landwirtschaft – die Produktivität langfristig gesteigert und der Pestizideinsatz reduziert werden kann. Die ökologischen und sozioökonomischen Risiken der Agro-Gentechnik sind groß und bisher unzureichend erforscht.

## **2) sozial- und umweltgerechte Handelsstrukturen rund um den Globus zügig befördert werden?**

Die aktuelle Welthandelsrunde zeigt leider, dass Ihr und unser Wunsch, soziale und umweltgerechte Handelsstrukturen „zügig zu befördern“, einen langen Atem erfordert.

Eine gerechtere Welthandelsordnung ist aus unserer Sicht ein zentraler Baustein eines Neuen Gesellschaftsvertrags, für den wir uns programmatisch aussprechen. Wir Grüne setzen eben nicht einseitig auf Handelsliberalisierung. Anerkannte Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards müssen perspektivisch global umgesetzt werden. In ihrer jetzigen Verfasstheit ist die Welthandelsorganisation (WTO) nicht in der Lage auf neue Herausforderungen wie den Klimawandel und die globale Agrarkrise zu reagieren.

Die Welthandelsrunde („Doha-Entwicklungsrunde“) muss abgeschlossen werden. Am Ende soll ein verbesserter Marktzugang auch für verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern stehen, die unter Beachtung von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards produziert werden. Im Agrarbereich müssen handelsverzerrende Subventionen deutlich verringert und alle Formen der Exportsubventionierung abgeschafft werden. EU-Agrarexportsubventionen sollten schon vor dem Abschluss der Welthandelsrunde eingestellt werden. Das Dumping von Lebensmitteln auf den Märkten der Entwicklungsländer muss beendet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ökologische und soziale Standards stärken und sicherstellen, dass sie nicht durch die Regeln des Welthandelssystems unterlaufen werden. Internationale Umweltabkommen dürfen nicht unterminiert werden. Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden, beispielsweise in der Fischerei. Die EU-Fischerei ist nicht nur umweltschädlich, sondern zerstört auch die Existenzen der lokalen FischerInnen z.B. in Westafrika.

Bei den sozialen Standards geht es insbesondere perspektivisch darum, die Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durchzusetzen. Auch die internationalen Konventionen im Bereich von Bürgerrechten, Frauenrechten und multilateralen Umweltabkommen müssen eingehalten werden.

Wir sind der Meinung, dass die EU dabei eine Vorreiterrolle spielen sollte. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn ihre eigene Politik kohärent ist. Das ist sie bislang nicht, wie die erwähnten Beispiele zeigen.

## **3) stabile nationale Versorgungsstrukturen in der Ernährungswirtschaft gefördert werden?**

Stabile nationale Versorgungsstrukturen werden sich nur dann erreichen lassen, wenn die Landwirte für ihre Erzeugnisse faire Preise erhalten, die die qualitativen, ökologischen und sozialen Bedingungen des Entstehungsprozesses widerspiegeln. Die europäische Agrarpolitik fördert zu einseitig die Betriebe, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Kostenführerschaft und auf dem Weltmarkt suchen und dafür auf Intensivierung und Rationalisierung setzen. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass alle agrarpolitischen Instrumente – Marktregeln und Ordnungsrecht ebenso wie Agrarzahlungen - auf den Erhalt einer multifunktionalen, nachhaltigen Landwirtschaft ausgerichtet werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass in Zukunft öffentliche Gelder nur noch für die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen gezahlt werden. Dann werden auch Kleinbetriebe

und die ökologische Landwirtschaft gemessen an ihren Leistungen für Umwelt, Natur, Verbraucher und die ländlichen Regionen unterstützt.

Darüber hinaus wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe und die Qualitätsproduktion von Lebensmitteln stärken. Wir Grüne kämpfen dafür, dass die regionale, handwerkliche Lebensmittelverarbeitung eine Zukunft hat.

Im Zusammenhang mit der Frage, wie die wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann, wird der massive Import von Futtermitteln – noch dazu von gentechnisch veränderten – zu Recht stärker kritisiert werden. Europa und Deutschland täten gut daran, mit einer gentechnikfreien Eiweißstrategie eine bessere Eigenversorgung mit Futtermitteln in Angriff zu nehmen und den Abbau der klima-, umwelt- und tierschädlichen Massentierhaltung voranzutreiben. Dafür setzen wir uns ein.

#### **4) umweltorientiertes Wirtschaften durch Internalisierung von Umweltkosten belohnt wird und dadurch zum Wettbewerbsvorteil wird?**

In unserem Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag (Green New Deal) formulieren wir anspruchsvolle Ziele und legen ein Bündel an Maßnahmen vor um jetzt die Grundlagen zu legen, dass neue Arbeit geschaffen wird und die Wirtschaft ein Fundament bekommt, das auch in Zukunft trägt. Wir wollen, dass unsere Wirtschaft weniger mit Zukunftserwartungen spekuliert und stärker auf einen vernünftigen und schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen setzt. Der alte Gesellschaftsvertrag war oft genug ein ungedeckter Scheck: Ein Vertrag zu Lasten anderer, der kommenden Generationen und zu Lasten unserer Umwelt.

Ein Grüner Neuer Gesellschaftsvertrag bedeutet für uns, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wir brauchen klare Regeln, die ökologisches und soziales Handeln der Marktteilnehmer belohnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen. Schluss damit, dass derjenige, der die Umwelt belastet, belohnt wird.

In unserer Regierungszeit haben wir mit der ökologischen Finanzreform begonnen. Jetzt wollen wir sie fortsetzen. Wer umweltfreundlich produziert und konsumiert, soll weniger bezahlen als jene, die Umwelt und Klima verschmutzen. Dazu müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut und umweltfreundliches Verhalten steuerlich belohnt werden. Statt der Entfernungspauschale wollen wir eine Mobilitätszulage einführen. Das Dienstwagenprivileg für große Spritfresser wollen wir abschaffen. Die LKW-Maut wollen wir weiter entwickeln als Klimaschutzinstrument und zur Internalisierung der externen Kosten des Güterverkehrs. Brennelemente sollen wie fossile Brennstoffe behandelt und besteuert werden. Die Kohlesubventionen gehören beendet und die Ausnahmen bei der Ökosteuer müssen gestrichen werden. Zugleich wollen wir die Stromsteuer auf Strom aus Erneuerbaren Energien abschaffen. Wir wollen die Grundsteuer ökologisch ausgestalten und damit die Anreize für einen sparsamen Flächenverbrauch verstärken. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel voran gehen und nachhaltig investieren, das heißt sie soll ihre Finanzanlagen an sozialen, ethischen und ökologischen Aspekten orientieren.

Wir Grüne sind gegen Wegwerfprodukte und eine Haltung, die nur den kurzfristigen Nutzen im Sinn hat und nicht den nachhaltigen. Der grüne Punkt hat sich nicht bewährt und gehört abgeschafft. Durch die Einführung einer Ressourcenabgabe wollen wir weg von der Abfallpolitik und hin zu einer Politik, die ressourcenschonendes Wirtschaften initiiert, langlebige Produkte fördert und regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf eine Landwirtschaft im Einklang mit der Natur. Wir wollen Angebot und Nachfrage nach gentechnikfreien, regional und ökologisch erzeugten Qualitätsprodukten ankurbeln und besser fördern. Wir wollen bessere und verlässlichere Rahmenbedingungen bei der Förderung des ökologischen Anbaus und eine deutliche Anhebung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämien. Durch besondere Förderprogramme

wollen wir erreichen, dass ein höherer Anteil der Wertschöpfung durch Verarbeitung in der Region erfolgt.

Wir fordern ein umfassendes Informationsrecht für Verbraucherinnen und Verbraucher. Verbraucherrelevante Informationen auf den Produkten müssen verpflichtend werden. Wir wollen ein Nachhaltigkeitssiegel, das die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer Ware, wie z.B. Klimaschäden, deutlich erkennbar macht.

Zum Erhalt von Umwelt und Natur werden viele Werkzeuge benötigt, von Anreizen und Umweltbildung über Label und Zertifikate bis hin zu einer neuen ökologischen Finanzpolitik und einem klarem Ordnungsrecht.

### **5) regionale Entscheidungen zur gentechnikfreie Zonen rechtsverbindlich getroffen werden können?**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen es, dass sich immer mehr Landwirte in gentechnikfreien Regionen zusammenschließen. Damit aus diesem freiwilligen Engagement auch Wettbewerbsvorteile erwachsen können, wollen wir uns für eine rechtliche Stärkung dieser Regionen im Gentechnik-Gesetz einsetzen, so dass sie sich wirkungsvoller gegen einen unerwünschten kommerziellen Anbau, aber auch gegen Freisetzungsexperimente in ihren Regionen einsetzen können. Wir Grüne haben hierzu unter anderem ein Rechtsgutachten erstellen lassen, das zeigt: Bund, Länder und Kommunen könnten gentechnikfreie Regionen besser als bisher vor einem unerwünschten Anbau von Genpflanzen schützen, wenn sie denn wollten. Anders als von Union und SPD behauptet ist es dazu nicht nötig, ein langwieriges Verfahren zur Änderung des EU-Rechts abzuwarten. Wir wollen, dass gentechnikfreie Regionen auch für alle Bauern für verbindlich erklärt werden können, wenn dort vorrangig ökologische Lebensmittelproduktion stattfindet.

### **6) der Artenschwund nachhaltig gestoppt wird und Maßnahmen zum Aufbau der Biodiversität ergriffen werden?**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Natur auf Grund ihres eigenen Wertes aber auch als Lebensgrundlage des Menschen und in Verantwortung für die künftigen Generationen erhalten. Den dramatischen Verlust an Biodiversität können wir nicht mehr länger hinnehmen und fordern, dass der Schutz der biologischen Vielfalt ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt wird. Denn wir sind überzeugt, die großen Herausforderungen unserer Zeit – Sicherung der Welternährung, Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum – sind nur gemeinsam zu bewältigen.

Wir Grüne sehen Biodiversitätspolitik als Querschnittsaufgabe über alle Politikbereiche. Denn der Schutz einzelner Arten greift zu kurz, um die biologische Vielfalt in Gänze zu erhalten.

Vor allem die Landwirtschafts-, Forst- und Fischereipolitik haben große Auswirkungen auf die Artenvielfalt, aber auch alle anderen Bereiche müssen auf ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt hin geprüft werden. Zudem brauchen wir endlich eine tragfähige Strategie, um den immensen Flächenverbrauch von derzeit gut 100 Hektar am Tag zu beenden.

Die von der Bundesregierung vorgelegte nationale Biodiversitätsstrategie geht zwar inhaltlich in die richtige Richtung, sie bleibt aber ein zahnloser Tiger, denn konkrete Maßnahmen und Zeitpläne für die Umsetzung fehlen ebenso wie eine ausreichende Finanzierung. Das wollen wir Grüne ändern. Auch international muss die dramatische Unterfinanzierung beim Schutz der biologischen Vielfalt endlich beendet werden. Wir setzen uns für die Entwicklung und Implementierung innovativer, nachhaltiger Finanzierungsinstrumente ein. Die von

Deutschland zur Bildung eines globalen Netzes von Schutzgebieten zugesagten Gelder müssen im vollen Umfang und in transparenten Verfahren zur Verfügung gestellt werden.

### **7) das Bankenwesen soweit stabilisiert und strukturiert wird, dass es für den Mittelstand wieder ein verlässlicher Partner wird?**

Im Gegensatz zu Union, SPD und FDP, denen bei Banken nur die großen, privaten Geldhäuser einfallen, haben wir Grüne uns immer für den Sparkassensektor und die genossenschaftlichen Kreditinstitute eingesetzt. Eine dezentrale Bankstruktur ist der beste Garant für eine stabile Kreditversorgung des Mittelstandes. Die Zahlen der Bundesbank über die gegenwärtige Kreditversorgung durch die genannten beiden Säulen geben uns Recht.

Bei der Bankenrettung haben wir uns immer für eine Verstaatlichung eingesetzt, sollten Banken in eine bedrohliche Schieflage geraten. Denn dann sind sie eine Gefahr für die Volkswirtschaft und dürfen nicht mehr selbst über ihre Rettung entscheiden. Hat der Staat die Kontrolle erlangt, kann er sich für eine solide Kreditversorgung des Mittelstandes einsetzen.

Basel II muss überarbeitet werden. Das Regelwerk muss seine prozyklischen Wirkungen verlieren.

### **8) Forschungsgelder endlich konsequent für eine nachhaltige Ausrichtung der Nahrungsmittel-Produktion investiert werden?**

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die staatliche Forschungsförderung für die ökologische Lebensmittelerzeugung deutlich auszubauen. Denn die bisherige Forschungsunterstützung spiegelt weder den Anteil der ökologischen Lebensmittelwirtschaft an der gesamten Nahrungsmittel-Produktion noch die Bedeutung des ökologischen Landbaus für die Lösung der wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen – Welternährung, Klimawandel, Artenverlust und Wirtschaftskrise – wider. Gleichzeitig fließen nach wie vor Millionen in die Förderung der Forschung an gentechnisch veränderten Pflanzen, obwohl nach wie vor 80 Prozent der Bevölkerung die Agro-Gentechnik ablehnen.

Schon in der jetzigen Legislaturperiode hat die grüne Bundestagsfraktion die Bundesregierung mit dem Antrag „Forschung für den ökologischen Landbau ausbauen“ (Bt.-Drs. 16/9345) aufgefordert, die Ökoforschung besser zu fördern. Dazu sollte unter anderem das Bundesprogramm Ökolandbau in ein permanentes Forschungsprogramm umgewandelt und die Forschungsförderung aufgestockt werden, um die Forschung auf bisher vernachlässigte Fragestellungen ausweiten zu können.

Das Institut für Ökolandbau des Johann Heinrich von Thünen-Instituts sollte ausgebaut. Zusätzlich sollte interdisziplinäre, querschnittsorientierte Forschung zur ökologischen Lebensmittelwirtschaft verstärkt auch an den anderen Forschungsanstalten durchgeführt werden. Ebenfalls wurde gefordert, dass sich sowohl das Bundesministerium für Bildung und Forschung als auch andere deutsche Forschungsträger stärker der Förderung der Forschung zur ökologischen Lebensmittelherstellung widmen müssen. Der Antrag wurde von der großen Koalition leider abgelehnt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Öko-Forschung endlich entsprechend dem hohen Stellenwert der ökologischen Lebensmittelwirtschaft für unsere Gesellschaft gefördert wird.

## **9) die Bürger von Klein auf den Wert von Lebensmitteln und gesunder Ernährung zu schätzen lernen?**

Auf allen politischen Ebenen setzen wir Grüne uns für eine gesunde Schul- und Kitaverpflegung und eine an Gesundheitsprävention ausgerichtete Aus- und Fortbildung von Lehr- und Erziehungskräften ein. Ernährungs- und Verbraucherbildung sind für uns alltagsnahe Lehrinhalte, die wir stärker betonen wollen. Ernährungswissen wird vernünftigerweise bereits in der Schule vermittelt. Dafür brauchen die Schulen bessere und modern ausgestattete Küchen. Eine gemeinsame gesunde Mahlzeit in der Schule soll selbstverständlich werden. Aber auch in betrieblichen Kantinen und Mensen sollen Gesundheitskost, Fairtrade- und Bioprodukte Standard werden. Und wir wollen Ernährungsfakten allgemein bekannt machen. Bei Lebensmitteln soll der Gehalt an Fett, Zucker und Salz darum durch eine Ampelkennzeichnung in den Farben grün-gelb-rot eindeutig sichtbar werden.